

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	15
Teil 1 – Einleitung	23
A. Problemaufriss	23
B. Chronologie der Verbandssanktionierung	26
I. Gesetzesinitiativen vor dem VerSanG	26
1. Entwurf des Landes Nordrhein-Westfalen	26
2. Kölner Entwurf	28
3. Frankfurter Thesen	30
II. Das VerSanG	31
1. Inoffizieller Entwurf des VerSanG	31
2. Münchner Gegenentwurf	32
3. Offizieller Entwurf des VerSanG	34
III. Fortbestehende Aktualität	36
C. Gang der Untersuchung	37
Teil 2 – Grundlagen der Verbandssanktionierung	41
A. Die Grundkonzeption des Verbandssanktionengesetzes	42
I. Regelungsbereich des VerSanG	42
1. Der Verband als Sanktionsadressat	42
2. Die Rolle des Verbands im Sanktionsverfahren	43
a) Bisherige Rolle	44
b) Beschuldigtenstellung nach dem VerSanG	45
c) Bewertung	45
II. Strafrecht getarnt als Sanktionenrecht	46
1. Kriminalstrafe in Abgrenzung zu sonstigen Sanktionen	46
a) Zweckrichtung des VerSanG	48
b) Inhaltliche Ausrichtung des VerSanG	51
2. Zwischenergebnis	53

III. Die Handlungs- und Schuldfähigkeit im VerSanG	53
1. Anerkennung der Handlungsfähigkeit des Verbands im VerSanG	54
a) Verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Handlungsfähigkeit des Verbands	55
b) Ausgestaltung der Handlungsfähigkeit	58
2. Die Schuldfähigkeit des Verbands im VerSanG	59
a) Fehlende Auseinandersetzung mit der Schuldfrage	59
b) Kritik an der Konzeption des VerSanG	60
IV. Gesamtergebnis zur Grundkonzeption des VerSanG	62
B. Impulse für einen Neuentwurf	63
I. Eigenständiges Verbandssanktionengesetz	64
II. Bedeutung der „Verbandsschuld“ für einen Neuentwurf	65
1. „Schuld“ als notwendige Voraussetzung der Verbandstat	65
a) Keine Ablehnung der Verbandssanktionierung wegen fehlender Schuldfähigkeit	67
b) Keine Konstruktion einer Verbandssanktion ohne Schuld	69
2. Verbandssanktionierung anhand eines modifizierten Schuldbegriffs	71
a) Originäre Verantwortlichkeit	73
b) Zurechnungsmodell	76
c) Zwischenergebnis	79
C. Resümee und Kriterien für eine Neuauflage	81
Teil 3 – Verbandsinterne Untersuchungen als Teil des Verbandssanktionsverfahrens	83
A. Verbandsinterne Untersuchung – Entwicklung und Begriff	83
I. Internal Investigation als Ausgangspunkt	83
1. Rechtsrahmen für internal investigations im angloamerikanischen Strafverfahren	85
a) Richtlinien zur Anklageerhebung	88
b) U.S. Federal Sentencing Guidelines	89
2. US-amerikanisches Begriffsverständnis	91
II. Interne Untersuchungen im nationalen Recht	92
1. Hintergrund	92
2. Zulässigkeit interner Untersuchungen	93

3. Einordnung in das Gesamtgefüge der Compliance	95
4. Pflicht zur Durchführung interner Untersuchungen	98
a) Gesellschaftsrechtliche Pflichten	98
aa) Vorstandspflicht Aktiengesellschaft	98
bb) Pflichten des GmbH-Geschäftsführers	100
b) Abgeleitete Rechtspflicht aus § 130 OWiG	101
5. Definitionsmerkmale einer internen Untersuchung	102
a) Anlassbezogenheit	103
b) Private Durchführung	104
c) Interne und externe Durchführung	104
6. Ablauf und Ziel interner Untersuchungen	105
III. Verbandsinterne Untersuchungen nach dem VerSanG	107
IV. Fazit und Definitionsvorschlag	109
B. Verfahrensvorgaben für die Durchführung einer verbandsinternen Untersuchung	114
I. Der Pflichtenkatalog nach § 17 VerSanG	114
II. Kritik an den Voraussetzungen des § 17 Abs. 1 VerSanG	117
1. Gefahr der Entwertung des staatlichen Ermittlungsmonopols	117
2. Das Merkmal „wesentlich“ gem. § 17 Abs. 1 Nr. 1 VerSanG	119
a) Unbestimmtheit	119
aa) Wortlaut	120
(1) Quantitative Eingrenzung	121
(2) Qualitative Eingrenzung	121
bb) Gesetzesbegründung	122
cc) Systematik	123
(1) Vergleich zum Kartellrecht	123
(2) Vergleich zu § 31 BtMG und § 46b StGB	126
dd) Telos	127
ee) Zwischenergebnis	128
b) Nichterfüllbarkeit der Voraussetzung	129
3. Fehlende Notwendigkeit für die Einführung eines Trennungsgebots	130
a) Inhalt und Begründung des Trennungsgebots	130
b) Fehlende Notwendigkeit für ein Trennungsgebot	132
aa) Keine erhöhte Glaubwürdigkeit	132
bb) Kein Interessenkonflikt	133

c) Verletzung des Rechts auf ein faires Verfahren	135
aa) Anwendbarkeit auf das Verbandssanktionsverfahren	135
bb) Eingriff in die Verfahrensfairness	138
(1) Untersuchungen als Teil der Verteidigung	139
(2) Konsultationsrecht	141
(3) Notwendigkeit eigener Untersuchungen	142
(4) Effektive Verteidigung und Waffengleichheit	143
cc) Gesamtbetrachtung	146
d) Fazit zum Trennungsgebot	149
4. Unbestimmtheit des § 17 Abs. 1 Nr. 3 VerSanG	149
a) Ununterbrochen	150
b) Uneingeschränkt	153
c) Zwischenergebnis	154
5. Bedeutungsgehalt des § 17 Abs. 1 Nr. 4 VerSanG	155
6. „Zwang“ zur Selbstbelastung durch § 17 Abs. 1 VerSanG	156
a) Ausgangslage im VerSanG	156
b) Kollision mit der Selbstbelastungsfreiheit	158
aa) Nemo tenetur als materielles Verfassungsprinzip	160
(1) Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	161
(2) Stellungnahme zur Rechtsprechung des BVerfG	163
(3) Mögliche partielle Übertragung trotz materieller Begründung	166
(4) Zwischenergebnis	168
bb) Nemo tenetur als prozessuale Garantie	169
(1) Innerstaatliches Recht	169
(2) Berücksichtigung des europäischen Rechts	171
(a) Rechtsprechung des EGMR	171
(b) Rechtsprechung des EuGH	172
(3) Nemo tenetur als prozessuale Verfahrensgarantie mit eigenständiger Anknüpfung	174
(4) Zwischenergebnis	177
cc) Verletzung des Grundsatzes durch das VerSanG	178
(1) Grundsätzliche Reichweite des Schutzbereichs	180

(2) Übertragung auf § 17 Abs. 1 VerSanG	181
(3) Zwischenergebnis zu § 17 Abs. 1 VerSanG	184
dd) Ergebnis zur Verletzung der Selbstbelastungsfreiheit	185
7. Mitarbeiterinterviews nach § 17 Abs. 1 Nr. 5 VerSanG	186
a) Problemstellung bei Mitarbeiterbefragungen	186
b) Lösungsansatz des VerSanG	188
c) Bewertung	190
d) Zwischenergebnis	192
III. Ergebnisse und Überarbeitungsvorschlag	193
1. Notwendigkeit der Subjektivierung des Merkmals „wesentlicher Beitrag“	193
2. Streichung der Trennung von Verteidigung und Untersuchungsführung	197
3. Spezifikation der ununterbrochenen und uneingeschränkten Kooperation	198
4. Keine allumfassende Informationsverpflichtung	200
5. Neuregelung zur Mitarbeiterbefragung	200
a) Entkopplung der Regelung	200
b) Normierung einer Widerspruchslösung	201
aa) Prozessuale Lösungsansätze auf Beweisebene	201
bb) Kombinationslösung	203
cc) Widerspruchs- oder Zustimmungslösung	204
c) Vorschlag	206
C. Berücksichtigung verbandsinterner Untersuchungen	207
I. Berücksichtigungsmöglichkeiten de lege lata	207
II. Berücksichtigung verbandsinterner Untersuchungen nach dem VerSanG	209
1. Tatbegehung	210
2. Sanktionszumessung	210
a) Absehen von Sanktionen aufgrund verbandsinterner Untersuchungen	211
b) Verwarnung mit einem Verbandsgeldsanktionsvorbehalt	212
c) Sanktionsmilderung	213
III. Bewertung im Hinblick auf ein neues Gesetz	216
1. Anreiz durch Sanktionsmilderung	216
2. Einstellungsmöglichkeit bei größeren Taten	218

3. Reduktion des Ermessensspielraums	220
a) Berücksichtigung der Untersuchungen als Regelfall	220
b) Einführung einer Zumessungsrichtlinie	220
IV. Fazit zum Anreizsystem	225
D. Resümee zur Eingliederung der verbandsinternen Untersuchung	226
 Teil 4 – Beschlagnahmeschutz für Unterlagen aus verbandsinternen Untersuchungen	 227
A. Bislang bestehende Beschlagnahmeproblematik	228
I. Unterlagen im Gewahrsam des Verbands	228
II. Unterlagen im Gewahrsam von Rechtsanwälten	229
1. Bisheriger Diskurs in der Literatur	231
a) Schutz nach § 97 Abs. 1 Nr. 1, Nr. 2 StPO	231
b) Schutz nach § 97 Abs. 1 Nr. 3 StPO	232
c) Schutz nach § 160a StPO	233
d) Schutz nach § 148 StPO	235
2. Beurteilung durch die Instanzgerichte vor dem Beschluss des BVerfG	235
3. Jones Day-Beschluss des BVerfG	239
a) Kein Verstoß durch Nichtanwendung des § 160a StPO	240
b) Kein Verstoß durch Nichtanwendung des § 97 Abs. 1 StPO	241
c) Kein Verstoß durch die Nichtannahme der Beschuldigtenstellung	242
d) Ergebnis des BVerfG	243
4. Stellungnahme zum Beschluss des BVerfG	243
a) Prüfungsmaßstab des BVerfG	243
b) Zur Frage der Anwendbarkeit des § 160a StPO	245
c) Zur Frage der Auslegung des § 97 Abs. 1 Nr. 3 StPO	248
aa) Auslegung des § 97 Abs. 1 Nr. 3 StPO	248
(1) Wortlaut und Begründung	248
(2) Innerer Regelungszusammenhang	249
(3) Gleichlauf zum Zeugnisverweigerungsrecht	250
(4) Abwägung zulasten der Beschuldigtenrechte	251
(5) Missbrauchsgefahr	252
bb) Die Frage der beschuldigtenähnlichen Stellung	253

d) Kein Schutz nach § 148 StPO	255
aa) Keine Auseinandersetzung mit § 148 StPO	255
bb) Bestehende Unklarheiten	255
5. Rechtsprechung nach dem Beschluss des BVerfG	258
a) Beschluss des LG Köln vom 24.06.2020	258
b) Beschluss des LG Hamburg vom 20.01.2023	259
III. Zwischenergebnis zum derzeitigen Schutz der Unterlagen	260
B. Geplanter Lösungsansatz des VerSanG	261
I. Änderung der StPO	261
II. Hypothetische Folgen des Lösungsansatzes	263
III. Bewertung	264
1. Einfachrechtliche Unklarheiten	265
a) Beginn des Schutzes nach § 97 Abs. 1 Nr. 3 StPO	265
b) Aufhebung der Schutzwirkung des § 160a StPO	266
2. Systematische Widersprüche	267
a) Widerspruch zu den Zeugnisverweigerungsrechten	267
b) Widerspruch zu § 17 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 4 VerSanG	269
c) Aushöhlung der Anreizwirkung	269
3. Verstoß gegen höherrangige Prinzipien	271
a) Selbstbelastungsfreiheit	271
b) Grundsatz des fairen Verfahrens	272
aa) Interne Untersuchungen als zu schützende anwaltliche Tätigkeit	273
bb) Entgegenstehen des Effektivitätsinteresses	276
cc) Gesamtbetrachtung	279
IV. Zwischenergebnis	280
C. Alternativer Vorschlag für den Beschlagnahmeschutz	281
I. Bisherige Ansätze zur Regelung der Beschlagnahmeproblematik	281
1. Anpassung der bestehenden Normen	281
2. Entwicklung eines eigenständigen Schutzkonzepts	282
3. Bewertung	282
II. Blick auf die Rechtsprechung des EGMR	284
III. Eigener Vorschlag zur künftigen Regelung der Beschlagnahmeproblematik	286
1. Entwicklung eines eigenständigen Schutzkonzepts	286
a) Zeitliche Geltung	286

## **Inhaltsverzeichnis**

b) Personelle Geltung	288
c) Sachliche Geltung	289
d) Erfassung digitaler Beweismittel	290
2. Eigene Formulierung eines Beschlagnahmeverbots	291
 Teil 5 – Zusammenfassung und Neuvorschlag	293
A. Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	293
B. Eigener Vorschlag zur Regelung verbandsinterner Untersuchungen	297
C. Ausblick	305
 Dokumentenverzeichnis	307
 Literaturverzeichnis	315